

Inhalt

I.	Neuwahlen am 22. Juli	2
II.	TÜSIAD: "Das neue Parlament soll die Verfassung ändern"	3
III.	Verfassungsänderung in der Türkei	3
IV.	Rehn: "Dir Türkei macht eine kritische Phase durch" Steinmeier für Unterstützung der Türkei	4
V.	Oppositionsparteien schmieden Wahlbündnisse	5
VI.	Aufruf von Europäern an die EU, ihr Wort zu halten	6
VII.	Sarkozy lockert seine Haltung gegenüber der Türkei	7
VIII.	Treffen zwischen politischen Parteien und TÜSIAD	9
IX.	Firmennachrichten aus der Türkei	10

TÜSİAD – VERBAND TÜRKISCHER INDUSTRIELLER UND UNTERNEHMER
TÜSİAD DEUTSCHLAND VERTRETUNG
Mai 2007

I. Neuwahlen am 22. Juli

Das Verfassungsgericht hat die erste Runde der Präsidentschaftswahl für ungültig erklärt. Die Richter haben dem Eilantrag der oppositionellen CHP stattgegeben, das Verfahren zur Wahl eines neuen Staatspräsidenten zu stoppen. Die Entscheidung fiel mit neun zu zwei Stimmen.

Nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts müssen in den beiden ersten Runden der Präsidentschaftswahl jeweils mindestens zwei Drittel der Abgeordneten (367) anwesend sein. Im ersten Wahlgang am vergangenen Freitag, bei der Außenminister Gül die benötigte Zweidrittelmehrheit um zehn Stimmen verfehlte, hatten nur 361 Abgeordnete teilgenommen. Im 550 Sitze zählenden Parlament verfügt die Regierungspartei AKP über 352 Mandate.

Regierung für Neuwahlen

Die Regierung sprach sich für Neuwahlen aus, nachdem das Verfassungsgericht die erste Runde der Präsidentschaftswahlen annulliert hatte.

"Wir sind dafür, den Wahltermin vorzuziehen", sagte auch Regierungssprecher und Justizminister Cemil Çiçek am Dienstag nach einem Kabinettsreffen.

Und Außenminister Abdullah Gül selber sprach sich für schnelle Neuwahlen aus und drängte zudem auf Verfassungsreformen: Der Präsident solle in Zukunft vom Volk gewählt werden.

"Mit dieser Gerichtsentscheidung besteht keine Möglichkeit mehr, dass dieses Parlament den Staatspräsidenten wählt", sagte Oppositionsführer Deniz Baykal.

Devlet Bahçeli, Vorsitzender der Nationalistischen Bewegungspartei MHP, brachte in einer schriftlichen Erklärung sein Bedauern und seine Sorge im Namen der türkischen Demokratie nach den jüngsten Entwicklungen beim Präsidentschaftswahl-Prozess zur Sprache.

Neuwahlen am 22. Juli

Mit großer Mehrheit hat das türkische Parlament einem Vorziehen der Parlamentswahl auf den 22. Juli zugestimmt. Es schloss sich mit 458 Ja-Stimmen dem Vorschlag des unabhängigen Hohen Wahlrats an, der zur Durchführung der Wahl eine Vorbereitungszeit von 80 Tagen geltend gemacht hat. Ministerpräsident Erdogan hatte zunächst den 24. Juni ins Gespräch gebracht.

Aus organisatorischen Gründen plädierte der Hohe Wahrrat jedoch für eine Wahl vier Wochen später. Der vorgezogenen Wahl stimmte die regierende AKP sowie die Oppositionsparteien CHP und Anap zu. Die CHP hätte jedoch einen Termin im September vorgezogen, um eine höhere Wahlbeteiligung zu gewährleisten. Die Parlamentswahl wäre spätestens am 4. November fällig geworden.

Milliyet

II. TÜSIAD: "Das neue Parlament soll die Verfassung ändern"

Der Verband Türkischer Industrieller und Geschäftsleute (TÜSIAD) teilte in einer schriftlichen Erklärung mit, dass es besser und ethischer sei, wenn die Verfassung nach den Wahlen geändert wird.

In der Erklärung heißt es, dass das Paket, das bedeutende Änderungen in der Verfassung vorsieht, bis jetzt nie in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, was gefährliche Auswirkungen haben könnte.

III. Verfassungsänderung in der Türkei

Die Verfassungsänderung, die die Arbeitsweise des türkischen parlamentarischen Systems von Grund auf verändern kann, wurde im Parlament in Zusammenarbeit zwischen der AKP und ANAP ohne Umschweife angenommen.

Die Veröffentlichung des Änderungsbeschlusses nach der Ungültigkeitserklärung der ersten Runde der Präsidentenwahl durch das Verfassungsgericht und der Beschluss von Frühwahlen ohne Zulassen einer diesbezüglichen Diskussion in der Öffentlichkeit seitens des Parlaments brachte auch Kritiken mit sich.

Nun liegt vor der Türkei ein verwirrender Prozess. Aufgrund des dichten Wahlkalenders ist nicht klar, ob diese Änderungen durchgeführt werden oder nicht. Und es wird diskutiert, was für Folgen entstehen werden im Falle einer Durchführung.

Ministerpräsident Erdoğan weist die Kritiken zurück, die vorbringen, das Paket wäre in aller Eile durchgedrückt worden, und sagte: "Die momentane Sperre wird das Volk lösen."

CHP-Führer Deniz Baykal hingegen erklärte, er glaube nicht, dass diese Regelungen angewandt werden.

Gül zieht seine Kandidatur zurück

Der türkische Außenminister Abdullah Gül hat nach einem neuen fehlgeschlagenen Versuch, sich zum Staatspräsidenten wählen zu lassen, seine Kandidatur zurückgezogen.

Die Nachrichtenagentur Anadolu zitierte Gül nach dem fehlgeschlagenen neuen Anlauf zu einem Votum am Sonntag (6.5.2007) mit den Worten, eine weitere Kandidatur stehe derzeit für ihn außer Frage.

Viele säkular orientierte Abgeordnete blieben am Tag der Abstimmung im Parlament fern. Das Votum scheiterte damit erneut, weil nicht genügend Parlamentarier anwesend waren. Nötig wäre eine Zwei-Drittel-Mehrheit von mindestens 367 Abgeordneten gewesen. Insgesamt waren lediglich 351 Abgeordnete anwesend. Auch bei einem weiteren Anlauf zehn Minuten später kam keine beschlussfähige Zahl von Parlamentariern zusammen. Das Quorum sei nicht erreicht worden, erklärte schließlich Parlamentspräsident Bülent Arinc. Gül stand als einziger Kandidat zur Wahl.

Deutsche Welle & Milliyet

IV. Rehn: "Dir Türkei macht eine kritische Phase durch"

EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn erklärte in seiner Rede bei der Kommission für Außenangelegenheiten des Europäischen Parlaments: "Die Türkei macht eine äußerst kritische und historische Phase durch. Wir müssen geduldig sein und abwarten. Jede Krise ist gleichzeitig auch eine Gelegenheit. Die Türkei kann aus dieser Krise gestärkt in ihrer Demokratie hervorgehen. Nach den allgemeinen Wahlen und der Wahl des Staatspräsidenten kann in der Türkei ein stärkerer Reformprozess stattfinden.

Als Rehn die Wahl Sarkozy's zum Staatspräsidenten von Frankreich bewertete, sagte er: "Die EU setzt ihre Beitrittsverhandlungen mit der Türkei fort. Ein Land, das sich nicht entsprechend dieses einstimmigen Beschlusses verhält, wird die etwaigen Folgen daraus selbst tragen müssen. Wir müssen der Türkei gegenüber gerecht und strikt sein. Wir haben ein Wort gegeben. Das müssen wir auch halten."

Steinmeier für Unterstützung der Türkei

Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat sich angesichts der Regierungskrise in der Türkei dafür ausgesprochen, das Land in dieser Phase besonders zu unterstützen. Der SPD-Politiker lobte Ankaras Bemühungen auf dem Weg in die EU und seinen Amtskollegen Gül, dessen Präsidentschaftspläne in dem Land auf Protest stoßen. "Die Türkei hat sich in den letzten Jahren stetig in Richtung EU bewegt. Das sollten wir auch weiterhin unterstützen", sagte Steinmeier der Zeitung "Bild". Er sei sich sicher, "dass sich die maßgeblichen Kräfte in der Türkei ihrer Verantwortung für ihr Land, für die demokratischen Reformen und ihre Umsetzung und für den Weg ihres Landes in Richtung EU bewusst sind", fügte Steinmeier hinzu.

Türkiye

V. Oppositionsparteien schmieden Wahlbündnisse

CHP-Vorsitzender Deniz Baykal und DSP-Vorsitzender Zeki Sezer erklärten, dass ihre Parteien den Beschluss gefasst hätten, bei den Wahlen zusammenzuarbeiten.

Die beiden Führer betonten nach dem 45-minütigen Gespräch im Hauptgebäude der CHP, dass die Politik in der Türkei in eine neue Phase eingetreten sei. Baykal wies darauf hin, dass sie den Beschluss aus innigster Überzeugung gefasst hätten. Er bedaure nur, dass Sezer auf die Kandidatur verzichtet habe, brachte Baykal zum Ausdruck.

Sezer seinerseits erklärte: „Diese Zusammenarbeit hat in der Gesellschaft große Hoffnung und Zufriedenheit bewirkt. Diese Zusammenarbeit gilt als ein Projekt, um an die Macht zu kommen.“ Auf den Listen der CHP könnten mehr als 20 Kandidaten der DSP zur Wahl antreten.

Zwei Oppositionsparteien des Mitte-rechts-Lagers haben eine Vereinigung im Grundsatz beschlossen. Seitens der Mutterlandspartei ANAP (ANAVATAN) und der Partei des Rechten Weges (DYP) verlautete, dass sie künftig als "Demokraten-Partei" auftreten könnten. Für den Einzug ins Parlament gilt bei den am 22. Juli bevorstehenden Wahlen weiterhin eine Zehn-Prozent-Hürde, die der neue Parteien-Zusammenschluss damit zu überspringen hofft.

DYP-Chef Mehmet Agar und ANAVATAN-Chef Erkan Mümcü handelten die Einzelheiten der "Methodologie" aus, wie die englischsprachige "Turkish Daily News" berichtete. Mit der Bündelung der Kräfte könnte die Opposition gegenüber der regierenden AKP (Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei) von Ministerpräsident Tayyip Erdogan mehr Gewicht erlangen. Einzelnen

kamen die ANAP und die DYP, die einander in früheren Zeiten teilweise sehr heftige Konfrontationen lieferten, bisher lediglich auf 20 beziehungsweise vier Sitze im Parlament, das insgesamt 550 Abgeordnete zählt.

Türkiye, Milliyet & DerStandard

VI. Aufruf von Europäern an die EU, ihr Wort zu halten

Einige bekannte Politiker und Schriftsteller in Europa haben von den EU-Regierungen gefordert, die Zusagen, die die Union der Türkei in der Vergangenheit gegeben hat, zu erfüllen. Sie behaupteten, die Regierungen könnten dadurch mithelfen, dass der Mitgliedschaftsprozess der Türkei fortgesetzt wird.

In dem Brief, der in der Zeitung ‚International Herald Tribune‘ veröffentlicht wurde, wurde darauf hingewiesen, dass die türkischen Staatsbürger die Reaktionen der europäischen und amerikanischen Politiker auf das so genannte ‚Memorandum‘ des türkischen Heeres vom 27. April sehr genau mitverfolgen. Und es hieß „Unter diesen gespannten Verhältnissen ist das Übersenden von offenen Botschaften an die türkische Gesellschaft von lebenswichtiger Bedeutung. Wir sind sehr betroffen über diese Einmischung, die außer der Entwicklung der Türkei selbst auch ihrer Beziehung zur EU schaden kann.“

In dem Brief wurde auch behauptet, dass die türkischen Gesetze noch nie zuvor so nahe an den europäischen Standard herangekommen seien wie heute und dass ein Grossteil dieser Änderungen im Zeitraum der derzeit an der Macht befindlichen Regierung vorgenommen worden seien.

International Herald Tribune

VII. Sarkozy lockert Haltung gegenüber Türkei

Trotz seiner Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei hat der französische Präsident Nicolas Sarkozy signalisiert, dass er im Vorfeld des Europäischen Rates im Juni die laufenden Verhandlungsgespräche nicht behindern werde. Er sagte, das 'entscheidende Treffen' werde im Dezember stattfinden.

Der französische Präsident sagte, dass er seine Bemühungen auf den neuen ‚vereinfachten Vertrag‘ konzentrieren werde, um die institutionelle Krise zu überwinden, anstelle auf die Frage des EU-Beitritts der Türkei einzugehen. Er werde während der laufenden Gespräche kein Veto einlegen.

Im Gespräch mit Journalisten am 28. Mai 2007 in Paris sagte Sarkozy, seine Priorität sei der Erfolg der deutschen Ratspräsidentschaft und des Europäischen Rates am 21. und 22. Juni 2007. Die Türkei hofft, die Gespräche zu drei weiteren Verhandlungskapiteln - über Statistik, finanzielle Kontrolle sowie Wirtschafts- und Währungspolitik - vor Ende der deutschen Ratspräsidentschaft Ende Juni 2007 zu eröffnen.

Bisher wurden nur zwei Verhandlungskapitel eröffnet: in den Bereichen Wissenschaft und Forschung sowie Industriepolitik. Die Geschwindigkeit der Verhandlungen ist jedoch zurückgegangen, seitdem die EU entschieden hatte, die Gespräche zu acht der 35 Kapitel auszusetzen. Diese Entscheidung hatte den mangelnden Fortschritt bei der Zypernfrage zur Ursache.

Trotz der momentanen „Atempause“ für die Türkei wird das Problem wieder auf den Tisch gebracht werden. Sarkozy sagte, das ‚entscheidende Treffen‘ werde im Dezember 2007 stattfinden, wenn die Staats- und Regierungschefs der EU die Zukunft der Erweiterung der EU bei einem europäischen Gipfel diskutieren würden.

Der Kommissar für Erweiterung Olli Rehn sagte gegenüber der französischen Zeitung Le Figaro, dass der neue französische Präsident eine verantwortungsbewusste Haltung demonstriere. Er bevorzuge, den Verhandlungsprozess mit der Türkei fortzusetzen.

Dennoch hat Sarkozy betont, dass er der Türkei anstelle einer vollständigen EU-Mitgliedschaft letztendlich eine „privilegierte Partnerschaft“ vorschlagen werde. Weiterhin hat Sarkozys kürzlich vorgebrachte Idee einer „Mediterranen Union“, die neben Frankreich und der Türkei auch Spanien, Portugal, Italien, Malta, Zypern, Griechenland und einige der nordafrikanischen Staaten einschließen soll, zu Kontroversen in Ankara geführt.

Erdogans Worte zum Wahlsieg Sarkozys

Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan bewertete die Wahl Nicolas Sarkozy's zum neuen Präsidenten von Frankreich und sagte: "Sarkozy wird wahrscheinlich ab jetzt nicht mehr gegen die Türkei reden. Denn die Zukunft der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern wird durch die Haltung Sarkozy's bestimmt. Es ist der Wille des französischen Volkes. Und wir müssen den Willen des französischen Volkes achten. Wir wünschen viel Glück. Sei es in Bezug auf den EU-Prozess, sei es aus der Sicht der türkisch-französischen Beziehungen, unser Wunsch ist es, dass wir die Erklärungen des ehrenwerten Herrn Sarkozy, die er bisher in der Wahlkampagne abgegeben hat, von jetzt an in den bilateralen Beziehungen nicht in der Form erleben."

Französische Presse mahnt Sarkozy

Der neu gewählte französische Präsident Nicolas Sarkozy wurde diesmal von der französischen Presse gemahnt. Die Zeitung ‚Echos‘ schrieb in einem zwei Seiten langen Bericht, warum die Türkei wirtschaftlich und politisch unverzichtbar für die EU sei.

Die Zeitung wies auf Folgendes hin: "Wenn Sie sich die wirtschaftlichen Daten der Türkei anschauen, dann werden Sie die Bedeutung der Türken sehr gut verstehen. Sie sind in Bezug auf Energie das Herzstück der Welt. Die Türken sind die Führenden am Automobilsektor. Ihre Wirtschaft ist von Platz 17 auf Platz 15 vorgerückt."

Auch die USA werden Sarkozy mahnen

Das US-Außenministerium gab bekannt, dass die Regierung in Washington dem neu gewählten französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy suggerieren werde, zugunsten des EU-Mitgliedschaftsprozesses der Türkei zu agieren.

Als zum Ausdruck gebracht wurde, dass sich neben Sarkozy auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel der türkischen EU-Mitgliedschaft entgegen stellt, und gefragt wurde, was Washington dagegen unternehmen könne, wies Tom Casey, Sprecher des US-Außenministeriums, darauf hin, dass die Entscheidung bezüglich der Mitgliedschaft der Türkei bei den EU-Ländern liege.

Casey erklärte weiter: „Allerdings werden wir, wie Sie wissen, die Kandidatur der Türkei zur EU-Mitgliedschaft weiterhin in starker Weise unterstützen. Diese unsere Haltung haben wir Bundeskanzlerin Merkel unmissverständlich mitgeteilt. Ich bin sicher, wir werden eine Gelegenheit finden, dies auch Sarkozy zu übermitteln.“

Auf die Frage nach seiner Ansicht in bezug auf die politische Lage in der Türkei wiederholte Casey, dass sie die türkische Demokratie vollkommen unterstützen und den demokratischen Institutionen der Türkei vertrauen.

Türkiye, Hürriyet & Milliyet

VIII. Treffen zwischen politischen Parteien und TÜSIAD

Das erste Treffen zwischen den Vorsitzenden der politischen Parteien und dem Verband Türkischer Industrieller und Geschäftsleute (TÜSIAD) vor den allgemeinen Wahlen hat gestern unter Teilnahme von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan, Vorsitzender der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP), begonnen.

Erdoğan sagte in seiner Rede, dass die Verfassungsänderung über eine Wahl des Staatspräsidenten durch das Volk vom derzeitigen Staatspräsidenten absichtlich hinausgezögert werde.

Yalçındağ: "Spannungen beeinträchtigen die Wirtschaft nicht"

Die Vorstandsvorsitzende des Verbandes Türkischer Industrieller und Geschäftsleute (TÜSIAD), Arzuhan Doğan Yalçındağ, erklärte, dass die Finanzmärkte sogar in der Zeit der zunehmenden Spannung wegen der Präsidentenwahl ihre Stabilität bewahrt hätten.

In ihrer Rede auf der Konferenz "Gelegenheiten, die die dynamische und sich entwickelnde türkische Wirtschaft bietet", veranstaltet vom Institut für außenwirtschaftliche Beziehungen (DEIK) und dem türkisch-kanadischen Arbeitsrat, gab Yalçındağ bekannt, dass die makrowirtschaftlichen Indikatoren trotz der Spannung im Wahlprozess positiv seien und aus dieser Sicht im Moment keine Probleme bestehen.

Türkiye

IX. Firmennachrichten aus der Türkei

Fraport-Konsortium erhält Zuschlag in Antalya

Konzession bis 2024 zum Betrieb aller Fluggastanlagen



Ein Konsortium unter Führung der Fraport AG hat heute den Zuschlag für die Fortsetzung des Terminalbetriebs am Flughafen Antalya in der Türkei erhalten. Ab Mitte September 2007 werden Fraport und die türkische IC Holding das bisher von Fraport geführte Terminal 1 und das Domestic Terminal betreiben sowie ab September 2009 auch das bisher von IC betriebene zweite internationale Fluggastgebäude übernehmen. Die Konzession zum Betrieb aller drei Terminals läuft bis zum Jahr 2024.

Die neue Betriebsgesellschaft verpflichtet sich zu einer Gesamtkonzessionszahlung in Höhe von rund 2,37 Milliarden Euro, wovon drei Prozent nach Unterzeichnung des Vertrages fällig sind. Der Rest wird nach Übernahme des Betriebs aus den Erträgen der Betriebsgesellschaft gezahlt, und zwar bis zum Jahr 2024 in Teilbeträgen über die gesamte Vertragslaufzeit.

Das türkische Bauunternehmen IC hat sich in den letzten Jahren zu einem Immobilien-Vermarkter entwickelt. Neben dem Terminal 2 besitzt und betreibt IC mehrere Hotels in Antalya und hat kürzlich die Konzession für eine Hafententwicklung in Istanbul erhalten.

Der Fraport-Vorstandsvorsitzende Dr. Wilhelm Bender bezeichnete den Abschluss in der Türkei als „erneuten Erfolg für unseren Know-how-Export“, nachdem erst vor wenigen Tagen eine Beteiligung am chinesischen Flughafen Xi'an vereinbart werden konnte. „Die Fortsetzung unseres jahrelangen erfolgreichen Engagements in Antalya zusammen mit unserem neuen Partner IC birgt große Chancen für das externe Geschäft unseres Unternehmens,“ sagte Bender weiter.

Antalya ist das wichtigste Tor für Touristen zur türkischen Riviera. 2006 haben 14,8 Millionen Passagiere den Flughafen genutzt. Seit der Eröffnung des als so genanntes BOT-Projekt (Build - Operate - Transfer) von Fraport gebauten ersten internationalen Terminals im Jahr 1998 wuchs das Passagieraufkommen um 130 Prozent bzw. jährlich um über 12 Prozent.

Gazprom liefert jährlich 750 Millionen m³ Erdgas mehr in die Türkei



Zusammen mit der türkischen Bosphorus Gaz hat der russische Global Player Gazprom die Direktlieferung von jährlich 750 Millionen Kubikmeter Erdgas aus Russland in die Türkei vereinbart. Der Vereinbarung soll dann bis zum Jahr 2021 bestehen.

Seit 1984, der Aufnahme der Lieferungen hat die Türkei bis 2005 insgesamt 139 Milliarden Kubikmeter Gas bezogen. Inzwischen schnellen die Lieferungen rasant in die Höhe. Im Jahr 2005 hat Russland rund 18 Milliarden Kubikmeter geliefert, so waren es im Jahr 2006 bereits etwa 20 Milliarden Kubikmeter.

Der russische Konzern Gazprom und der türkische Pipelinebetreiber Botas hatten bereits im Dezember 2005 eine Vereinbarung über die Entwicklung der Zusammenarbeit getroffen. Damit hat Gazprom das Recht auf Direktlieferungen und auf Lieferungen über Tochterunternehmen bis hin zum Endverbraucher eingeräumt bekommen.

Vaillant Group übernimmt türkischen Demirdöküm

Die Vaillant Group übernimmt den führenden türkischen Heiz- und Klimaspezialisten Türk DemirDöküm Fabrikalari A.S. (DemirDöküm). Für 211 Mio. Euro kauft das Remscheider Unternehmen 72,56 Prozent der DemirDöküm-Anteile von der türkischen Koc Group.

Damit will Vaillant die eigene geografische Präsenz weiter ausbauen und von der dynamischen Konjunktorentwicklung insbesondere in Osteuropa profitieren. Für die übrigen gut 27 Prozent an DemirDöküm kündigte der Konzern ein öffentliches Kaufangebot an. Die Transaktion muss noch von den Kartellbehörden genehmigt werden.

Mit dem Erwerb von 72,56 Prozent der Anteile beabsichtigt die Vaillant Group, die Aktienmehrheit des führenden türkischen Heiz- und Klimatechnikunternehmens Türk DemirDöküm Fabrikalari A.S. (DemirDöküm) zu übernehmen. Der bislang größte Anteilseigner ist die Koç Group, die ihr komplettes Aktienpaket an die Vaillant Group veräußern wird. Ein entsprechender Vertrag zwischen den beiden Familienunternehmen wurde am Pfingstmontag unterzeichnet.

Der Kaufpreis für das von der Vaillant Group erworbene Aktienpaket beläuft sich auf 211,1 Mio Euro. 21,76 Prozent der DemirDöküm-Aktien befinden sich im Streubesitz und werden an der Istanbul Börsen gehandelt, 5,68 Prozent sind im Besitz der Taylan Holding. Für den Erwerb dieser verbleibenden 27,44 Prozent der Aktien wird die Vaillant Group ein öffentliches Angebot unterbreiten. Mit der Akquisition des türkischen Traditionsunternehmens baut die Vaillant Group als einer der weltweiten Markt- und Technologieführer ihr Kerngeschäft Heiz-, Lüftungs- und Klimatechnik weiter aus. Die Transaktion steht unter Vorbehalt der Zustimmung der zuständigen Kartellbehörden.

„Ich bin überzeugt, dass sich DemirDöküm und die Vaillant Group hervorragend ergänzen und ein starkes und erfolgreiches Team bilden werden. Beide Unternehmen und ihre Mitarbeiter werden von der zukünftigen Zusammenarbeit profitieren und gemeinsam wachsen“, betonte Dr. Christoph M. Müller, Vertreter des Gesellschafterausschusses der Vaillant Group und der Familie Vaillant, heute auf einer Pressekonferenz in Istanbul.

„Als eine sehr erfolgreiche, stark expandierende Firma mit langjährigem Know-how und einem umfassenden Technologieportfolio ist DemirDöküm für die Vaillant Group eine ideale strategische Ergänzung. Ein erweitertes Produktportfolio und die Ausschöpfung von Synergien werden die bewährte ‚Good Growth‘-Strategie der Vaillant Group unterstützen“, unterstrich Vaillant Group Geschäftsführer Claes Göransson.

Türkischer Markt mit starker Wachstumsdynamik

DemirDöküm bedient vor allem den stark wachsenden türkischen Markt, ist aber zunehmend auch auf den internationalen Märkten tätig. Mit der Akquisition wird die Vaillant Group ihre geografische Präsenz weiter ausbauen und von der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere in Osteuropa profitieren. Der türkische Markt für Heiz- und Klimatechnik ist inzwischen der drittgrößte Europas. Wachstumstreiber sind der landesweite Ausbau der Gasversorgung – bis zum Jahr 2010 sollen alle Regionen an das Gasnetz angeschlossen sein – sowie zunehmender Wohlstand und die steigende Bautätigkeit im privaten und industriellen Sektor.

In der Vergangenheit hat die Vaillant Group mehrere Unternehmen erfolgreich übernommen und weiterentwickelt. Die bislang größte Akquisition der Vaillant Group war der Erwerb der britischen Hepworth plc. mit den Heiztechnik-Marken Saunier Duval, Glow-worm und Protherm im Jahr 2001. Das Unternehmen hat in den letzten drei Jahren zudem die italienische Firma Hermann sowie etliche Service- und Vertriebsgesellschaften erworben.

Auch DemirDöküm war in der Akquise erfolgreich tätig. Ende 2005 hatte die SCHÄFER Heiztechnik die Flachheizkörper-Produktion sowie den Vertrieb und Service in Neunkirchen aufgegeben. Die Produktionsanlagen wurden an den größten türkischen Heizkörper-Hersteller DemirDöküm verkauft, der seitdem die Marke FIX-Flachheizkörper in Deutschland anbietet.

Beide Unternehmen werden neben der Erweiterung des Produktportfolios von einer engen Forschungs- und Entwicklungspartnerschaft und der Verbesserung von Technologiestandards

profitieren. Ziel der Vaillant Group ist es, sich zusammen mit DemirDöküm als führender Anbieter sicherer, energieeffizienter und umweltschonender Heiz-, Lüftungs- und Klimatechniksysteme in der Türkei zu etablieren.

Die Produkte beider Unternehmen werden auch nach der Akquisition unter den international erfolgreich eingeführten Marken vertrieben. Die Marketing- und Vertriebsorganisationen werden jeweils separat weitergeführt und auch die bestehenden Vertriebsstrukturen und -kanäle werden beibehalten.

Wer ist das Unternehmen DemirDöküm?

Das in der Westtürkei ansässige Traditionsunternehmen Türk DemirDöküm Fabrikalari A.S. (DemirDöküm) ist einer der führenden osteuropäischen Hersteller im Bereich Heiz- und Klimatechnik. Das Unternehmen wurde 1954 gegründet und ist Teil der Koç Group. Der Schwerpunkt liegt mit einem Umsatzanteil von rund 70 Prozent auf dem heimischen Markt, allerdings gewinnt auch der Export zunehmend an Bedeutung. Heute werden DemirDöküm-Produkte in 50 Ländern in Europa, Asien und Nordafrika vertrieben. Das Unternehmen hat Fertigungsstandorte in der Türkei, China und Algerien. DemirDöküm beschäftigte 2006 rund 2.300 Mitarbeiter und erwirtschaftete einen Umsatz von 432 Mio Euro. Das operative Ergebnis (EBIT) betrug 44 Mio Euro. Das Unternehmen ist an der Börse in Istanbul (Istanbul Stock Exchange)notiert.

Die **Vaillant Group** ist ein international tätiger Konzern mit Hauptsitz in Remscheid, Deutschland mit fast 1 fünffacher Größe. Als einer der weltweiten Markt- und Technologieführer entwickelt und produziert das Unternehmen maßgeschneiderte Produkte, Systeme und Dienstleistungen für Wohnkomfort. Das bekannte Produktportfolio reicht von effizienten Heizgeräten auf Basis herkömmlicher Energieträger bis hin zu Systemlösungen zur Nutzung regenerativer Energien. Im Geschäftsjahr 2006 erzielte die Vaillant Group, die sich seit ihrer Gründung 1874 in Familienbesitz befindet, mit knapp 10.100 Mitarbeitern einen Umsatz von rund 2 Mrd Euro und ein operatives Ergebnis von 236 Mio Euro.

Intesa Sanpaolo prüft Zukauf in Türkei

Das Management der Intesa Sanpaolo SpA trifft sich am Dienstag, um über den Kauf einer türkischen Bank zu beraten. Er rechne damit, dass der CEO Corrado Passera die Zustimmung des Board erhalte, über den Kauf der Bank zu verhandeln, sagte der Intesa-Chairman Enrico Salza der Tageszeitung "Corriere della Sera".

Den Namen der türkischen Bank nannte Salza nicht. Ohne Quelleangabe berichtet die Zeitung, die Oyak Bank sei das Übernahmeziel. Diese habe einen Wert von etwa 600 Mio bis 1 Mrd EUR.

V.i.S.d.P:
TÜSIAD Berlin Office
Märkisches Ufer 28
10179 Berlin
berlinoffice@tusiad.org